

RANDNOTIZEN

Was mal gesagt werden muss! Einige Einlassungen zum Ukraine-Konflikt

von Brigitte Pick

Die einseitige Berichterstattung der Leitmedien, der politischen und wirtschaftlichen Eliten zum Krieg in der Ukraine nehmen unerträgliche Formen an. Geschichte wird wieder personifiziert- Männer machen Geschichte- und kriegstreiberisch wird gehetzt, 100 Jahre nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges und 75 Jahre nach dem des 2. Weltkrieges. Deutschland bereitet sich auf mehr Kriegseinsätze vor, will die Bundeswehr aufrüsten und muss sehen, wie sie die Bevölkerung auf diesem Weg mitnimmt. Noch sind 67 Prozent z.B. gegen Waffenlieferungen in den Irak.¹



25 Jahre nach der politischen und gesellschaftlichen Neuordnung der Sowjetunion entstehen grenzenlose Spekulationen um die Motive der Putin-Administration, die bis zur Phantasie eines eurasischen Reiches von Portugal bis zur Beringstraße in den Köpfen westlicher Kritiker, wie z.B. in dem von Timothy Snyder² spuken. Fakt ist, dass Russland eine Föderalisierung der Ukraine und ihre Neutralität fordert. 84 Prozent der russischen Bevölkerung unterstützen

Putins Politik. Fakt ist, dass die russischen Minderheiten in den baltischen Ländern drückende Probleme haben. „Ein Komitee des UNO-Menschenrechtsrates in Genf hat den Umgang Lettlands mit seiner russisch-sprachigen Minderheit kritisiert. Die Minorität würde multipel diskriminiert und sei nicht ausreichend integriert. Russisch ist für rund 40% der Bevölke-

¹ Ergebnis der telefonischen Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe bei 1264 Wahlberechtigten im Zeitraum 19.-21.08.2014 für das ZDF-Politbarometer

² Timothy Snyder lehrt Geschichte an der Yale University und wurde mit seinem Buch „Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin“ bekannt. Dieser Text erschien zuerst auf politico.com. Aus dem Englischen von Christian Schröder. Hier im <http://www.tagesspiegel.de/kultur/russland-und-die-ukraine-krise-was-die-propaganda-von-putin-mit-orwells-1984-gemein-hat/10665188.html> vom 8.9.2014

rung Lettlands die Muttersprache. In Estland und Litauen sind etwa 30 bzw. 20% der Bevölkerung Russen. Es geht in der Tat um Staatsbürgerrechte. Ein großer Teil der russisch-stämmigen BürgerInnen hat noch heute, 25 Jahre nach Ende der Sowjetunion und der Selbständigkeit der baltischen Staaten, keine Staatsangehörigkeit. Nicht nur in Lettland, sondern auch in Estland heißen sie daher »Nicht-Bürger«. Sie dürfen nicht wählen und finden keine Anstellung bei staatlichen Behörden. Wer die vorgeschriebenen Sprach- und Einbürgerungskurse nicht besteht, ist kein/e gleichberechtigte BürgerIn und erhält auch keinen gültigen Pass. Die Folge: Die russischen Bevölkerungsteile bleiben für sich. Allerdings haben die Angehörigen dieses Bevölkerungsteils die Möglichkeit, die russische Staatszugehörigkeit zu beantragen und als Ausländer in Estland oder Lettland mit einer Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung zu leben. Ein zentrales Konfliktfeld in der Ukraine ist die Furcht, auch hier könnte die Praxis der »Nicht-Bürger« praktiziert werden.“³

Die Ukraine ist ein streng zentralistisch organisierter Staat, wo auch die Gouverneure der Regionen von der Zentralregierung eingesetzt werden. Wenig bekannt ist, dass die Menschen im Donbass vor allem für soziale Forderungen eintreten, für die Verstaatlichung der Kohleminen, gegen das IWF-Paket mit den Privatisierungsforderungen etc. „Dabei besteht kein Anlass, den Aufstand im Donbass zu glorifizieren. Wie alle spontanen Revolutionen hat auch diese ihre Eigendynamik, ihre nebulösen und wirren Forderungen und anarchischen Fehlentwicklungen und enthält im vorliegenden Fall auch ein radikales, russisch-nationales Element. Doch ihr entscheidender Charakter ist das Aufbegehren gegen die Oligarchenherrschaft. Für diesen Grundcharakter der Bewegung gibt es keine überzeugenden Kronzeugen als die Vertreter der Kiewer Regierungsclique. So erklärte Jurij Luzenko, unter Timoschenko zweimal Innenminister und jetzt Berater des Präsidenten Poroschenko: „Sehen Sie genau hin, was im Osten passiert. Die Separatisten fordern längst nicht mehr eine Föderalisierung oder einen besseren Status für die russische Sprache. Sie wollen den Reichtum der Oligarchen aufteilen, in diesem Fall des Milliardärs Rinat Achmetow“⁴. (zit. Nach Spiegel 2.6.14) ⁵ Die Dynamik der sozialen Revolte könnte auch Putin schrecken.

Kriegspropaganda und manipulierte Nachrichten gehören zum Krieg dazu, auf allen Seiten. Sprachlich wird aufgerüs-

**Kriegspropaganda und manipulierte
Nachrichten gehören zum Krieg
dazu, auf allen Seiten**

3 Joachim Bischoff / Björn Radke: Facetten des Ukraine-Konflikts in [13138812.html://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/chance-auf-konfliktloesung/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/chance-auf-konfliktloesung/) vom 30.8.2014

4 Rinat Achmetow gilt mit 11,6 Milliarden Dollar als reichster Ukrainer

5 Fred Schmid: Poroschenko und die Oligarchenherrschaft in der Ukraine, Juli 2014, S.8 <http://www.isw-muenchen.de/download/ukraine-poroschenko-fs-20140714.pdf>

tet. Immer wieder tauchen falsche Bilder zum Ukraine-Konflikt auf, die belegen sollen, dass russische Truppen und Panzer in der Ostukraine kämpfen würden. Im Bildtext des WDR 5 vom 19.8.2014 wurden Bilder gezeigt, die offensichtlich aus dem russischen Manöver „Kaukasus2009“ stammten. Ein anderes Beispiel ist gefälschtes Material eines vermeintlichen Hubschrauberabschusses bei Slowjansk im Mai 2014, das die Tagesschau ausstrahlte und aus Syrien stammte.⁶

Überhaupt spekuliert man oft im Konjunktiv: „Westliche Regierungen und Nachrichtendienste beobachten seit Langem, wie der Kreml die prorussischen Kämpfer üppig ausstattet: mit Luftabwehrraketen, Panzern, Raketenwerfern. Sogar Aufklärungsdrohnen, die Russland nach dem Krieg gegen Georgien 2008 in Israel kaufte, sollen im Einsatz sein. Schon im Frühjahr sahen Journalisten Soldaten in Uniformen von Spezialeinheiten des russischen Innenministeriums.“⁷ Freischärler und Söldner, illegal Bewaffnete gibt es auf beiden Seiten.⁸

Jeder Oligarch sorgt großzügig für die Ausstattung der Freiwilligen – auf beiden Seiten

Jeder Oligarch sorgt großzügig für die Ausstattung der Freiwilligen. Der drittreichste Oligarch Igor Kolomojskij stellte z.B. seine eigene militärische Sondereinheit, das Bataillon „Dnipro“ auf. Er machte sich einen Namen, als er erklärte, für jeden verhafteten pro-russischen Separatisten 10.000 Dollar bezahlen zu wollen.⁹ Der Spiegel spricht am 30.6.2014 von etwa 30 Freiwilligen-Bataillonen, dabei sind die berüchtigsten die rechtsradikalen Terror Bataillone „Asow“ und „Donbass“. Dazu kommen noch 5000 Mann des rechten Sektors, Dimitro Jarosch, zum Teil ehemalige Afghanistan- und Tschetschenien- Kämpfer, zahlreiche Milizverbände, Bürgerwehren und „Selbstverteidigungskräfte, sowie die Hundertschaften der Bandera¹⁰-Leute, ausländische Söldner und Privatarmeen.¹¹

All diese Söldner müssen sich an keine Absprachen halten, sie sind nicht in die ukrainische Armee integriert und werden im Westen klein geredet. Den russischen Söldnern soll man viel Geld geboten haben: 70.000 Rubel Monatslohn, doppelt so viel wie üblich, umgerechnet

6 Propaganda- oder Versehen von Mathias Meisner im Tagesspiegel vom 2.9.2014

7 Krieg- was sonst? Von Bettina Sengling im Stern Nr. 37 vom 4.9.2014

8 <https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/nun-doch-us-soeldner-in-der-ostukraine> vom 11.5.2014 von Hans Springstein

9 F. Schmid a.a.O. S. 4

10 Stepan Bandera (1909-59), nationalistischer Politiker und Partisan, gilt manchen Ukrainern als Nationalheld, anderen als Nazikollaborateur

11 F. Schmid a.a.O. S.6

1400 Euro. Das Moskauer Komitee der Soldatenmütter soll den Einsatz der russischen Truppen belegen.¹²

Der Abschuss des Malaysischen Flugzeugs MH17 am 17. Juli 2014 über der Ukraine wird den russischen Separatisten untergejubelt, der Inhalt des Stimmenrekorders bleibt geheim. Spekulationen und Verschwörungstheorien finden kein Ende.¹³ Am 9.9.2014 wird ein Zwischenbericht der Holländervorgelegt, der von einer durchlöcherten Maschine spricht, vorwiegend im Cockpit. Die Schuldfrage bleibt unbeantwortet, trotzdem spricht man weiter von einer Boden-Luft Rakete vom Typ Buk (der Separatisten), die nun vor dem Flugzeug explodiert sein könnte. Das hätte unzweifelhaft dazu geführt, dass das Flugzeug sofort in Brand geraten wäre, sagen Experten.¹⁴ Das Flugzeug brach jedoch auseinander und stürzte ab. Natürlich abgeschossen von den Separatisten.

„Die malaysische Zeitung New Straits Times berichtet am 6.8.2014, dass seitens der Ermittler mittlerweile geprüft werde, ob Malaysian Airlines Flug MH17 von einer Luft-Luft-Rakete flugunfähig gemacht und von Maschinengewehrfeuer eines Kampfflugzeuges erledigt wurde, das die Maschine beschattete«. (Übersetzung Hans Springstein) Die Zeitung verweist auf US-Intelligence-Analysts, die glauben, »dass die ukrainische Regierung damit etwas zu tun hat«.¹⁵

Was ist die Wahrheit? Was sind lupenreine Demokratien? Wem nutzt der Krieg? Wem nutzt der Abschuss des Flugzeuges?

Wir wollen Frieden und ein Miteinander, kein Gegeneinander, sprachliche wie militärische Abrüstung. Der Waffenstillstand ist wacklig, die Nato und EU aggressiv, Russland reagiert entsprechend. Der Nato Gipfel in Wales erklärt Russland nun offiziell zum potentiellen Feind und Aggressor. Martialisches Kriegsmaterial wird präsentiert. Die Gründungsakte des Nato-Russland-Rats vom Mai

**Der Waffenstillstand ist wacklig,
die Nato und EU aggressiv,
Russland reagiert entsprechend**

1997 untersagt der Nato die permanente Stationierung substanzieller Kampftruppen. Das wird nun unterlaufen, indem man eine schnelle Eingreiftruppe von 4000 Soldaten bildet. Eine substanzielle Truppe würde eine Division, also 10.000 bis 30.000 Mann bedeuten, so die Interpretation der Nato. So ist auch die ständige Präsenz nicht dasselbe wie ein permanent

¹² a.a.O. Stern vom 4.9.2014

¹³ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ermittlungsbericht-erwartet-wer-hat-mh17-abgeschossen-vom-8.9.2014>

¹⁴ Uli Cremer: Aufklärung ist dringend gefordert in http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/mh17-kiew-in-erklaerungsnot/ vom 12.8.2014

¹⁵ Ders.

angelegter Stützpunkt, der nachziehende Familienangehörige, Schulen und andere Einrichtungen nach sich ziehen würde. Der Kriegstreiber und Nato Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen plädiert für eine engere Kooperation mit den prowestlichen Ex-Sowjetrepubliken Georgien, Moldawien und der Ukraine.¹⁶ Der Verteidigungsetat ist kräftig zu erhöhen. Ist das friedensfördernd?

Fast bin ich geneigt, mir Gerhard Schröder zurück zu wünschen und fange an, Angela Merkel für gemäßigt zu halten bei all der verbalen Aufrüstung. Sie verhandelt wenigstens stetig mit Putin. Ist sie deshalb ein Putin-Versteher? Kann man etwas ändern und Kompromisse erreichen, wenn man sich weigert, den anderen zu verstehen? Verstehen heißt nicht billigen.

Der ukrainische Scharfmacher - er forderte bereits 2008 mit Staatspräsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko eine Aufnahme in den Beitrittsprozess der Nato- und Regierungschef einer Übergangsregierung ohne Wählermandat, Arsenij Jazenjuk, hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, den Bau einer Schutzmauer entlang der 2000 Kilometer langen ukrainisch-russischen Grenze zu entwerfen. Unfassbares ist im Internet zu finden. Der Tagesspiegel schreibt: „Insgesamt soll an der Grenze ein 25 Meter breiter Sicherheitsstreifen entstehen. Neben einem vier Meter breiten und drei Meter tiefen Wassergraben sollen auf dem Gebiet auch elektronische Sicherheitssysteme installiert sowie ein Betonwall und eine fünf Meter breite Schutzzone aus Beton gebaut werden. Die gesamte Anlage soll durch Wachtürme sowie moderne Überwachungstechnik gesichert werden. Insgesamt müssten 2200 Kilometer durch die Mauer gesichert werden. Das Gebiet um die Mauer würde zum Sperrgebiet erklärt, zu dem nur Personen und Fahrzeuge mit Sondererlaubnis oder das Personal der ukrainischen Grenzschrützer Zugang hätten.“¹⁷

**Wieder entsteht die Frage,
wem nützt das also?**

Währenddessen scheint ein Machtkampf in der Ukraine ausgebrochen zu sein in Anbetracht der vorgezogenen Wahlen Ende Oktober. Der Schokoladen-König, Oligarch mit geschätztem Vermögen von 1,6 Milliarden US Dollar und derzeitige Präsident Petro Poroschenko, hat dem von vielen für intellektuell und politisch leichtgewichtigen ehemaligen Schwergewichtsboxer Vitali Klitschko, gesponsert von der Adenauer Stiftung, den ersten Listenplatz der Präsidentenpartei „Solidarität“ angeboten. Beide sind Parteigänger der EU und werden von den westeuropäischen Staaten hofiert. Der ehrgeizige 40-jährige Arsenij Jazenjuk dagegen ist der klare Favorit der USA. Seit 2001 bekleidet er hohe politische Ämter

¹⁶ Alle gegen einen von Elke Windisch, Christopher Ziedler im Tagesspiegel vom 5.9.2014

¹⁷ <http://www.tagesspiegel.de/politik/kaempfe-in-donezk-und-mariupol-anstatt-eine-neue-mauer-zu-bauen-muessen-wir-nach-anderen-wegen-ausschau-halten-/10665960-2.html> vom 7.9.2014 von Nina Jeglinski

und wurde 2005 Wirtschaftsminister der Ukraine. Politisch und wirtschaftlich möchte er die Ukraine nach dem Vorbild

**Die Ukraine ist vielmehr ein weiteres
Beispiel für wirtschafts-, macht- und
geopolitische Interessen der Großmächte**

der USA formen, wenig Staat und viel Neoliberalismus. Zusammen mit der Vaterlandspartei Julia Timoschenkos erreichte der Parteilose etwa 25 Prozent der Stimmen, zu wenig. Sollte es ihm nun gelingen, im Donbass doch noch den Ausnahmezustand auszurufen bei Brechen der Waffenruhe, würden die Wahlen verschoben und er gewänne Zeit.¹⁸ Wieder entsteht die Frage, wem nützt das also?

Die Ukraine ist vielmehr ein weiteres Beispiel für wirtschafts-, macht- und geopolitische Interessen der Großmächte, und die EU und die USA sind durchaus Konkurrenten, auch wenn sie anderes betuern. Etliche staatliche Betriebe stehen noch zum Verkauf. Den Haupt-Fokus legt die Poroschenko-Regierung auf die Aufbereitung der Wirtschaft für westliche Investoren. Der Wirtschaftsminister Pawlo Scheremeta will ein ideales Investitionsklima schaffen, die Ukraine total für Investoren öffnen. Nach wie vor liegen etwa 90 Prozent der ukrainischen Energieproduktion und -verteilung in staatlicher Hand. Das Gasnetz soll z.B. an Chevron gehen. Scheremeta habe bereits mehr als 100 Vorschriften gekappt, die Investoren stören könnten (vgl. WiWo, 5.5.14). Diese Deregulierungskampagne wird als Korruptionsbekämpfung ausgegeben: "Wir werden die ukrainische Wirtschaft radikal deregulieren, das ist das beste Mittel gegen Korruption." (zit. nach Handelsblatt, 22.5.14). "Die Ukraine kann zur idealen Werkbank für Europa werden, wenn sie sich bei den Investoren ein besseres Image erarbeitet", sagt Julian Ries, Rechtsanwalt der international tätigen Kanzlei (1100Rechtsanwälte) Gide Loyrette Nouel in Kiew (zit. Nach Wirtschaftswoche, 5.5.14). Jedenfalls stehen die großen Transnationalen Konzerne bereits in den Startlöchern für ein Engagement in der Ukraine (siehe dazu, Schmid 2014 – II). Die US-Ukraine Foundation, eine NGO des Kapitals, setzt sich seit 1991 für Demokratie, freien Markt und Menschenrechte in der Ukraine ein. Ihr gehören als "Hauptunterstützer" namhafte westliche Konzerne, wie Exxon Mobil, Coca-Cola, TNK-BP, die Rüstungsfirma Ratheon, aber auch Achmetows System Capital Management, der US-Ukraine Business Council u.a. mehr. Das Hauptaugenmerk US-amerikanischer Beuteabsichten liegt dabei auf dem Energiesektor der Ukraine: Sowohl unter rein geschäftlichem als auch strategischem Aspekt. Und zwar auf den Feldern Gas-/Schiefergas-Produktion (ExxonMobil, Chevron) und Verteilung, Ölförderung, aber auch Bio-Treibstoff (Cargill, Monsanto) und nicht zuletzt Kernenergie (s. Schmid 2014 – II). Der US-Atomkonzern Westinghouse will Kernkraftwerke in der Ukraine bauen, berichtet die FAS (1.6.14). Tschernobyl lässt grüßen.¹⁹

¹⁸ Siehe auch: Gute Revolutionäre, schlechte Partner von Nina Jeglinski, Kiew im Tagesspiegel vom 10.9.2014

¹⁹ Fred Schmid a.a.O. Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. S.10f

Demokratische Anstriche helfen dabei, das Machtbestreben zu verschleiern. Andere nennen das die „Autobahn der Freiheit.“²⁰



Über die Autorin

Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com

20 So der polnische Präsident Bronislaw Komorowski in einer Rede anlässlich einer Gedenkstunde zum Beginn des Zweiten Weltkrieges: Europa müsse dafür sorgen, dass „die Autobahn der Freiheit“ weiter nach Osteuropa reiche.